Nicht nur zur Tarifrunde:

Was hat die IG Metall zu tun?

Wo leben sie eigentlich, die Funktionäre unserer Gewerkschaften? Glauben sie wirklich, man kann mit 5,5% das ungeheure Lohndumping der letzten Jahre ausgleichen, die Niedriglöhne von Millionen von Leiharbeitern, Kollegen in Werkverträgen, Menschen, die von ihren Löhnen schlicht und einfach keine Familie ernähren können? (Weit über 8 Mio. Aufstocker gibt es in diesem Land; d.h., Menschen, die von ihrem Einkommen nicht leben können und auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Was nichts anderes bedeutet, als dass wir mit unseren Steuern die Verbrechen der Kapitalisten, wie Leiharbeit und Niedriglöhne subventionieren). Glauben sie wirklich, sie können mit 5,5% die Inflation aufhalten, die unweigerlich auf uns zu rollen wird, nachdem die Europäische Zentralbank die Geldruckmaschinen angeworfen hat, um über 1 Billion Euro (das sind tausend Milliarden) in den Markt zu pumpen. Buchungsgeld ohne jeglichen Gegenwert! Die EZB hat am 22. Januar 2015 beschlossen, 1,16 Billionen € auf den Markt der EU- Staaten zu werfen. Inflationsgeld, wertloses Buchungsgeld, das die Staaten entschulden soll. Wenn es, wie beschlossen, in den Geldkreislauf kommt, wird es bei der Bevölkerung ankommen in Form von sinkender Kaufkraft. D.h., während die Staaten sich so entschulden, kann das Volk für sein Geld weniger kaufen. In Österreich gibt es Berechnungen, die von 20% Inflation ausgehen.
Wenn man so tut, als wären wir nicht im 7. Jahr einer Weltwirtschaftskrise, wenn man ausblendet, dass dem Volk Milliarden und Abermilliarden aus den Taschen gezogen werden, während das Großkapital geschont und gehätschelt wird, wenn man Leiharbeit und Werkverträge als gottgegeben duldet, dann heißt das nichts anderes, als die Niedriglöhne zu zementieren. Da kann man 10 oder 20% fordern – so werden der freie Fall der Löhne und die Armut von Millionen in diesem reichen Land garantiert nicht beseitigt. Noch nie war der Abstand zwischen Reichen und Armen so groß wie jetzt. Dank Leiharbeit und Niedriglöhne.

Es waren unsere Gewerkschaftsführungen, die Schröders Hartz-Gesetze kampflos hingenommen haben. Es waren und sind unsere Gewerkschaften, die die Leiharbeit durch Tarifverträge legalisieren und die Fremdvergabe und Werkverträge „regeln", also anerkennen wollen. Sie sind also voll mitverantwortlich für die ruinösen Löhne – da ändern auch lautstarke 5,5%- Forderungen und die gefürchteten Trillerpfeifen nichts daran.

Unsere Forderung muss also heißen:

Sofortige Aufkündigung aller Leiharbeitstarifverträge!*
Kampf gegen jeglichen Werkvertrag, der auf Leiharbeit und Niedriglohn baut!
Verbot der Leiharbeit! Festeinstellung der Leiharbeiter!

* Dann gilt das Gesetz: Gleiche Arbeit, gleiches Geld.

Dies würde den Kapitalisten einen entscheidenden organisatorischen Hebel nehmen, die Löhne zu senken. Und uns einen entscheidenden Hebel zurück geben, geschlossen, als Klasse, den Kampf zu führen gegen Leih- und Zwangsarbeit, gegen das Lohndiktat der Herren der Fabriken.
Wie es scheint, hat die IGMetall noch immer nicht begriffen, dass wir in einer Weltwirtschaftskrise stecken. Durch die Duldung der Leiharbeit, durch ihren nicht geführten Kampf gegen Fremdvergabe und Werkverträge, durch die Hinnahme von Vereinbarungen, die uns immer mehr Arbeitshetze aufdrücken, hat sie mit geholfen, das deutsche Kapital so fett zu machen, dass wir von den Völkern Europas mittlerweile als Streikbrecher verachtet werden, weil wir sie in ihren Existenz- Kämpfen im Regen stehen lassen.

Woher kommen Tarifverträge

Tarifverträge sind eine Erfindung der Kapitalisten aus dem Kriegsjahr 1916. Nach der blutigen Niederschlagung der ersten deutschen Revolution 1919, war es das aufstrebende Siemens-Kapital, das den Arbeitern Fesseln zumindest für die Laufzeit von Tarifverträgen anlegen sollte. Friedenspflicht und Schlichtungsverfahren sollten der kämpfenden Arbeiterklasse zumindest den juristischen Boden entziehen. Diese Fesseln sollen den Arbeitern auch heute noch angelegt werden, was nichts anderes heißt, als das im Grundgesetz, wie auch im internationalen Recht verbriefte Streikrecht auszuhebeln.

Streiks, wie bei uns im Werk, werden als „wilde" Streiks diffamiert (welch ein Unwort!). Die Arbeiter anderer Länder schütteln nur den Kopf bei so hirnlosen Begriffen; es ist das Recht und die Pflicht der Arbeiter, sich zu wehren, wenn man ihnen die Existenz raubt.

Die heilige Kuh „Friedenspflicht" wird durch`s Dorf getrieben, um unseren Kampf zu unterbinden. Friedenspflicht – so einen Unsinn gibt es nicht! Warum? Weil wir uns tagtäglich – und nicht nur alle 2 Jahre in der Tarifrunde – gegen die Angriffe des Kapitals wehren müssen. Weil die alles andere als friedlich sind, weil die uns jedem Tag, jede Minute angreifen. Wir verlangen ausdrücklich von unserer Gewerkschaft, dass sie gegen die Angriffe und Übergriffe auf uns endlich den gemeinsamen Kampf organisiert, statt jede Belegschaft, ob bei Daimler oder bei BMW, für sich alleine kämpfen zu lassen (unter Berufung auf die Friedenspflicht).
Frieden zwischen Kapital und Arbeit hat es noch nie gegeben, auch wenn die Zeiten schon mal ruhiger waren. Heute gibt es ihn schon gar nicht. Wer uns einzureden versucht, mit den ganz „normalen" Tarifrunden und Tarifritualen könnte der „gute, alte Kapitalismus" (den es natürlich nie gegeben hat) auf seinem Totenbett wiederbelebt werden, der will uns bewusst abhalten vom Kampf um ein menschenwürdiges Leben ohne Ausbeutung bis auf`s Blut, ohne Elend und Krieg.

Die Gewerkschaft sind wir (alle)

Die IG Metall bzw. Gewerkschaften haben sich mal gegründet weil die Menschen nicht mehr die herrschenden Zustände von Ausbeutung, Not und Verelendung hinnehmen konnten! Die Zustände, die jetzt herrschen sind nicht viel anders als früher, nur in moderner Form. Mit dem Machtwechsel von Kohl zu Schröder schöpften viele Menschen Hoffnung auf Besserung! Doch die Bürger wurden eines Besseren belehrt. Eine Hartz Kommission wurde eingerichtet, daran beteiligten sich mehrere Vertreter von Wirtschaftsunternehmen, insbesondere der Automobilindustrie, Banken, Gewerkschaften, sowie hochrangige Politiker usw.. Diese arbeitet die Hartz-Gesetze I – IV aus, später legte die Schröder-Regierung noch die Agenda 2010 nach, mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der BRD innerhalb Europas zu verbessern. Das Ergebnis sind die heute herrschenden Zustände, mit prekären Beschäftigungsverhältnissen (1 € Jobs, Mini-Jobs, Ich AG und die Leiharbeit in jeglicher Form, siehe Werkverträge). Wenn nicht die Gewerkschaften, wer sonst ist gefordert, diese Situation zu erkennen und zu bekämpfen. Ist es ausreichend, was bis heute dagegen unternommen worden ist? Es geht hier ausschließlich um die Sache: Die Frage, ob man so weiter handeln will oder kämpft. Schließlich haben unsere Vorväter das erkämpft, was wir heute aus unseren Händen gleiten lassen. Wenn wir nichts dagegen tun, wird vieles davon verloren gehen. Sei es in der Bildung, im Gesundheitswesen, in der Frage, der Beschäftigungsformen oder in der Altersversorgung (siehe Rente mit 67 oder vielleicht bald Rente mit 70 auf freiwilliger Basis?). Ist da die nächste Volksverarschung im Anmarsch? Offensichtlich wird die Rente mit 70 schon mal gesetzlich vorbereitet. „Mutter Merkel" sagt die Rente ist nicht sicher?! Dies eröffnet natürlich ein neues Diskussionsfeld. Da dürfen sich die Gewerkschaften nicht in defensiv verhalten. Auch dies zeigte deutlich wie richtig es war, dass die Vertrauensleutevollversammlung im Oktober 2013 einen Antrag zu einer Konferenz aller Vertrauensleute der Daimler Werke beschlossen hat (Warum diese nicht stattfindet, konntet ihr in unseren Flugblättern nachlesen).
All das wird Auswirkungen auf unsere Sozialsysteme haben. Dies muss jedem klar sein! Ursache und Auswirkung ist ein desaströser Zustand unserer Gewerkschaften, der so nicht weiter hingenommen werden darf.
Dies sind Tatsachen, die herrschen. Aus rein demokratischer Sicht: „Man darf die Augen nicht vor Tatsachen verschließen, die die Menschheit betreffen."
Deswegen brauchen wir kämpferische Gewerkschaften und die bekommen wir nicht durch meckern oder gar Austritte (was fatalerweise in manchen Bereichen diskutiert wird), sondern nur dadurch, dass wir in der IGM vorangehen.

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von 25 Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen

E-Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de / Spenden: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt [01.15]

ViSdP: G. Kupfer, Posener Str. 55, 28237 Bremen